

Eidgenössische Abstimmung vom 18. Mai

Gegen Zentralismus statt Wettbewerb

Zur Gesundheitsinitiative der Sozialdemokraten ist ein Zahlenstreit ausgebrochen. Werden es nun 4,3 Prozent sein, die auf den Einkommen zu erheben sind, wie die Initianten behaupten, oder werden 9,53 Prozent benötigt, wie die Gegner des Begehrens vorrechnen? Werden dereinst auf den Vermögen Beiträge von 0,3 oder 0,99 Prozent abverlangt? Sind 1,5 zusätzliche Mehrwertsteuerprozent nötig oder 1,85? Wichtig vor allem ist jedoch, worauf die Initiative abzielt. Nämlich: auf einen Systemwechsel, einen Wechsel von der geltenden Ordnung mit wettbewerblichen und planerischen Elementen zu einer zentralistischer, staatlich stärker gesteuerten Medizin.

Hauptelement ist die Einführung einer Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung über einkommens- und vermögensabhängige Beiträge sowie bis zur Hälfte über die Mehrwertsteuer. Das Begehren erweist sich dabei als Wolf im Schafspelz. Die Finanzierungsregelungen machen es zur Umverteilungsinitiative. Und mit der unbegrenzten Beitragsbelastung der Vermögen über einer Million Franken versucht die SP auf verdecktem Weg zu erreichen, was sie schon lange will, nämlich die Einführung einer Reichtumssteuer auf Bundesebene. Die Neuordnung bedeutet einen Schritt in Richtung zentralistische Staatsmedizin und weniger Wettbewerb.

Das Volksbegehren ist selbst innerhalb der SP-Reihen nicht unumstritten. Bei seiner Lancierung vor sechs Jahren standen sich Realos und Linksideologen gegenüber. Ein alternativer, von der Gewerkschafterin Collette Nova vertretener Initiativtext wollte die Kopfprämien nicht völlig abschaffen, sondern lediglich um insgesamt die Hälfte reduzieren und auf maximal 5 Prozent des steuerbaren Einkommens begrenzen. Höhere Prämien hätten automatisch verbilligt und Kinderprämien abgeschafft werden sollen. Zu

den Realpolitikern von damals gesellten sich unter anderen die heutige SP-Präsidentin Christiane Brunner sowie die Nationalräte Rudolf Rechsteiner und Rudolf Strahm.

Sozialdemokratische Finanzpolitiker leugnen heute denn auch nicht, zu welchen enormen Mehreinnahmen die Gesundheitsinitiative auf Bundesebene führen würde. Die Einnahmen aus den direkten Bundessteuern der natürlichen Personen belaufen sich derzeit auf rund 8 Milliarden Franken. Zur Finanzierung des gegenwärtigen Volumens der Krankenversicherungsprämien müssten über die einkommens- und vermögensabhängigen Beiträge mindestens ebenso hohe Einnahmen erzielt werden. Das heisst, die Einnahmen der direkten Bundessteuer würden sich mehr als verdoppeln. Damit greift man auf das Steuersubstrat zurück, das eigentlich den Kantonen vorbehalten sein sollte.

Die Gesundheitsinitiative ist ein Systemwechsel mit Etikettenschwindel. Die Initianten behaupten, das von ihnen vorgeschlagene Finanzierungssystem sei sozial. Doch wie sozial ist die Erhebung zusätzlicher Mehrwertsteuern? Sie belasten bekanntlich die unteren Einkommen relativ stärker als höhere. Die wirtschaftlich Schwächsten zahlen heute zudem keine oder kaum Krankenkassenprämien. Die zweite KVG-Revision, so wie sie der Ständerat beschlossen hat, wird ferner ein Sozialziel festlegen, wonach sich die Prämienkosten nach wirtschaftlicher Kraft abgestuft auf nicht mehr als 2 bis maximal 12 Prozent des Einkommens belaufen dürfen. Damit werden künftig auch Familien mit mittleren Einkommen entlastet, die bisher nicht in den Genuss von Prämienverbilligungen kamen. Mit diesem Ausbau der Prämienverbilligung wird die geltende Ordnung den sozialen Anliegen gezielter gerecht als das Begehren der SP.

Besonders schwer wiegt sodann der Verlust an Wettbewerbselementen. Die Krankenversicherungen werden weitgehend zu blossen Durchlaufstellen. Denn das SP-Modell ruft nach einer zentralen Inkassostelle für die Eintreibung der Prämienbeiträge sowie die Verteilung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Dabei werden die Versicherer kaum mehr grosses Interesse an der Kontrolle der Gesundheitskosten haben. Ebenso wären die Tage der unterschiedlich hohen Prämien in den Kantonen gezählt. Warum sollte sich ein kantonaler Gesundheitsdirektor noch um niedrige Gesundheitskosten in seinem Kanton bemühen, wenn andere sich ein doppelt so teures System leisten? Die Beseitigung des Wettbewerbs bei der Prämienhöhe wird das System verteuern.

Weiter verlören unter dem SP-Finanzierungssystem künftig Sparmodelle zusätzlich an Bedeutung. Vergünstigungen kennt das heutige System bei der Übernahme von höheren Franchisen, dem Anschluss an ein HMO-Modell oder ein Hausarztnetz. Prämienrabatte für kostensparendes Verhalten wären, insbesondere für Versicherte mit tieferen Einkommen, kaum mehr von Interesse. Damit schwächt die SP-Initiative ausgerechnet eines der wichtigsten Instrumente zur Mengen- und Kostenbegrenzung.

Statt den Wettbewerb zu stärken, setzen die Initianten auf eine eidgenössische Planung der Spitzenmedizin und auf Bundeskompetenzen zur Koordination der kantonalen Planungen sowie auf die Festlegung von Maximalpreisen. Ferner soll der Bund Zulassungsbestimmungen für die Leistungserbringer erlassen und für eine wirksame Qualitätskontrolle besorgt sein. Den Planungen und der Qualitätskontrolle kommt im Gesundheitswesen zwar eine wichtige Rolle zu. Doch gilt es auch hier, dem Subsidiaritätsprinzip nachzuleben. Die Kantone kennen dabei die örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse ihrer Bevölkerung besser als Bundesbern. Allerdings muss die Zusammenarbeit unter den Kantonen verbessert werden. Kantongrenzen übergreifende Planungsregionen jenseits von ängstlichem Kantönlicheit sind unerlässlich.

Dazu ist aber keine Konzentration der Kompetenz beim Bund nötig. Es gilt vielmehr, dem Wettbewerb eine Chance einzuräumen. Der Lösungsansatz der Gesundheitsinitiative ist stattdessen konsequent zentralistisch und bedeutet eine Hinwendung zur Staatsmedizin. Davon ist keine kostensparende und dennoch qualitativ hochstehende Medizin für alle zu erwarten.

cs.



Zwei- bis dreitausend Menschen demonstrierten am vergangenen Samstag in Bern für ein Ja zur Behinderteninitiative, die am 18. Mai zur Abstimmung gelangt. (Bild key)

Vereint für den freien Zugang Kundgebung für die Behinderteninitiative in Bern

Mehrere tausend Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen und Nichtbehinderte haben am Samstag in Bern an einer Kundgebung für die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» teilgenommen. Die Demonstration verlief problemlos, und auch der Behindertentransport durch die SBB lief reibungslos.

crz. Bern, 26. April

Wer am Samstagmittag im Bahnhof Bern eintraf, fand wahrlich ein buntes Treiben vor. Gleich für mehrere Kundgebungen sammelten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Bahnhof der Hauptstadt, und so mischten sich zwischenzeitlich etwa die regenbogenfarbenen Friedensfahnen mit den mehrheitlich weissen bzw. weissroten Transparenten und Luftballons derjenigen, die nach Bern gekommen waren, um für die Initiative «Gleiche Rechte für Behinderte» zu demonstrieren. Auf dem Bundesplatz bestimmten etwas später dann die Verfechter der Behinderteninitiative die Szene. Nach Angaben der Stadtpolizei bekundeten rund 4500 Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen sowie Nichtbehinderte vor dem Bundeshaus ihr Ja zum freien Zugang. Zwischen 5000 und 6000 Teilnehmende waren es gemäss Schätzung der Organisatoren, wie Mark Zumbühl, Pressesprecher bei Pro Infirmis, sagte. Die Kundgebung verlief nach Angaben eines Polizeisprechers problemlos, löste sich sogar, wegen des unwirtlichen Wetters, etwas früher auf als geplant.

Für die Kundgebungsteilnehmer war es keine Frage, dass der geforderte freie Zugang und der Abbau von Hindernissen nur mit einem Ja zur Initiative erreicht werden kann. Die Aargauer SP-Nationalrätin Pascale Bruderer sagte vor den Teilnehmenden, das Wichtigste sei, die Barrieren in den Köpfen abzubauen, und dabei helfe ein Ja zur Initiative. Der Berner FDP-Nationalrat Marc F. Suter konstatierte in seinem Votum, dass die Initiative nichts Überrasendes und nichts Unver-

hältnismässiges verlange. Das Kostenargument der Gegner liess er nicht gelten. Unterstützung erhielten sie vom Tessiner CVP-Nationalrat Meinrado Robbiani. Nebst den politischen Rednern kamen am Samstag auf dem Bundesplatz auch Betroffene verschiedener Behinderungen zu Wort, um über die Hindernisse in ihrem Alltag zu berichten. Als symbolischer Akt gegen alle Arten von Barrieren durchbrachen sie im Anschluss an ihre Wortmeldungen jeweils eine papierene Wand. – Für die SBB bedeutete der Grossanlass in Bern eine logistische Herausforderung. Wie Sprecher Christian Ginsig sagte, sind am Samstag innerhalb von 2 bis 3 Stunden ungefähr gleich viele Passagiere in Rollstühlen mit den SBB nach Bern gefahren, wie normalerweise an einem ganzen Tag in der ganzen Schweiz unterwegs sind. 300 bis 400 Personen in Rollstühlen brachte die SBB am Vormittag zur Kundgebung nach Bern. Im Einsatz für die Rollstuhlpassagiere standen dabei neben den regulären 58 Mobilitätshelfern 20 zusätzliche Personen sowie das Zugpersonal. Die SBB gaben sich am Samstagabend in einer ersten Bilanz sehr zufrieden. Der Transport der Reisenden im Rollstuhl habe reibungslos funktioniert und zu keinerlei Verspätungen geführt. Dennoch, sagt Ginsig, seien die SBB mit diesem Grossanlass an die Grenze ihrer Kapazitäten beim Behindertentransport gelangt. Dass es letztlich doch so gut funktionierte, lag nicht zuletzt in der gegliederten Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen. Diese hatte dazu geführt, dass sich rund 90 Prozent der betroffenen Reisenden rechtzeitig angemeldet hatten.

Zürcher FDP und SVP gemeinsam in den Wahlherbst?

Präsidenten wollen Listenverbindung für Nationalratswahlen

rib. Geht es nach dem Willen ihrer Kantonalpräsidenten, gehen SVP und FDP im kommenden Herbst gemeinsam in die nationalen Wahlen. FDP-Interimspräsident Ruedi Noser bestätigte am Sonntag auf Anfrage einen Bericht der «NZZ am Sonntag», wonach er sich am Samstag mit Christoph Blocher einig geworden sei, dass beide ihren Parteien eine Zusammenarbeit vorschlagen werden. Geplant wäre laut Noser eine Listenverbindung bei den Nationalratswahlen und eine gemeinsame Wahlplattform für die Ständeratswahlen. Diese grundsätzliche Einigung über eine Zusammenarbeit, sagte Noser, sei zustande gekommen, ohne dass von einer der beiden Seiten inhaltliche Vorbedingungen aufgestellt worden wären. Das Gespräch sei einer entspannten Atmosphäre verlaufen. Beide Seiten, so Noser, seien sich darüber im Klaren, dass in sachpolitischen Fragen noch immer zahlreiche Differenzen bestünden. Die geplante Annäherung gelte vor derhand in Hinblick auf die nationalen Wahlen. Ob sie auf kantonaler Ebene Konsequenzen hat, hänge vom Verlauf der weiteren Gespräche ab.

Listenverbindung und gemeinsame Wahlplattform müssen von den Parteileitungen und den Delegierten der beiden Parteien noch abgesegnet werden. Ob die SVP bereits an der Delegiertenversammlung dieser Woche entscheiden wird, ist offen. Und ob die Delegierten dem Vorschlag des Parteipräsidenten folgen, ist unsicher. Den Entscheid, bei den kantonalen Wahlen die Regierungskandidaten von FDP und CVP nicht zu unterstützen und einen eigenen dritten Kandidaten ins Rennen zu schicken, füllten die Delegierten entgegen Blochers Antrag. Die FDP, die am 8. Mai eine ausserordentliche Delegiertenversammlung abhält, muss zuerst ihre Nationalratsliste bereinigen, die nach dem Rücktritt einiger

Kandidaten ergänzt werden muss. Falls die Listenverbindung für die Nationalratswahlen zustande kommt, wäre dies das erste Mal seit zwölf Jahren; bereits 1995 und 1999 war keine Zusammenarbeit mehr zustande gekommen.

Die Einigung der Parteipräsidenten kommt überraschend, nachdem der kantonale Wahlkampf von oft gehässig ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen SVP und FDP geprägt war. Der Plan zu einer bürgerlichen Zusammenarbeit – in die laut Noser auch die CVP einbezogen werden soll – dürfte auch damit zusammenhängen, dass die SP mit dem ehemaligen Zürcher Stadtpräsidenten Josef Estermann einen Kandidaten aufgestellt hat, dem gute Wahlchancen eingeräumt werden. Die SVP tritt mit dem bisherigen Ständerat Hans Hofmann an, die FDP will den Sitz der zurücktretenden Vreni Spoerry mit Nationalrätin Trix Heberlein verteidigen.

Scharmützel mit der Polizei

Zweites Friedenscamp

Bern, 27. April. (sda) Die Krise in der Berner Stadtregierung um die Entmachtung von Polizeidirektor Kurt Wasserfallen hat am Wochenende weiteren Zündstoff erhalten. Ein zweites Friedenscamp Jugendlicher artete in nächtliche Scharmützel mit der Polizei aus. Am Samstag war die Kundgebung des Bündnisses «Jugend gegen Krieg» zunächst noch friedlich verlaufen. In der Nacht auf Sonntag wurden jedoch drei Polizisten bei Scharmützeln mit Jugendlichen verletzt, als diese versuchten, zur abgesperrten US-Botschaft zu gelangen. Bereits am Abend hatten rund 50 Jugendliche Flaschen und Steine über das Ab-sperrgitter bei der Botschaft geworfen.

Auslöser der Entmachtung Wasserfallens

Intervention hoher Berner Polizeioffiziere

Bern, 27. April. (sda) Über den Hintergrund der Affäre Wasserfallen in der Berner Stadtregierung herrscht weiterhin nicht völlige Klarheit. SVP-Gemeinderätin Ursula Begert bestätigte einen Bericht der Tageszeitung «Bund», wonach der Auslöser zur Entmachtung Wasserfallens darin gelegen habe, dass dieser Polizeikommandant Blumer wegen angeblicher Illoyalität habe absetzen wollen. Begert sagte, alle höheren Polizeioffiziere seien in der Folge an den Gemeinderat gelangt und hätten klargemacht, dass eine Entlassung des Kommandanten «schwerwiegende Folgen» für die Führung des Korps haben könnte. Von illoyalem Verhalten des Polizeikommandanten könne «keine Rede sein».

Wegen des hängigen Verfahrens keine Stellung nehmen wollte Begert zu einem Bericht des «Sonntags-Blicks», wonach Wasserfallens Entmachtung mit angeblichen Versäumnissen des FDP-Politikers bei der Freistellung seines Generalsekretärs Beat Giraudi vom Januar zu tun habe. In einem offenen Brief hatte die Stadtbürger FDP dem Gemeinderat Panik, Unbesonnenheit und «eklatante Führungsschwäche» vorgeworfen. Die SVP forderte, die Regierung müsse die «Politiposse» beenden und die Linke habe die Führungsverantwortung zu übernehmen.

SCHWEIZ

Ebneter neu in der Innerrhoder Regierung

Die Innerrhoder Landgemeinde hat Werner Ebneter zum neuen Statthalter gewählt, der schewergewichtig für das Gesundheitswesen zuständig sein wird. 7

Zyklus zum Bündner 200-Jahr-Jubiläum

300 Bündnerinnen und Bündner diskutierten die Zukunft ihres Kantons. Im Kanton der 150 Täler tut es not, sich auf die Gemeinsamkeiten zu besinnen. 7

Für mehr «Cyber-Cops» im globalen Dorf

Wenn Justiz und Polizei der Internetkriminalität Herr werden wollen, müssen neue Massnahmen und Formen der Zusammenarbeit anvisiert werden. Der Zürcher Staatsanwalt Andreas Brunner hat über den Status quo und wünschenswerte Neuerungen referiert. 8

Investieren und Sparen in der Wissenschaft

Auch beim neuen Kredit für Bildung und Forschung sind mangels Finanzen Abstriche vorgesehen. Der Wirtschaftsdachverband möchte die Kernbereiche schonen und schlägt einzelne gezielte Kürzungen vor. 8

Zürich – Gastkanton am Salon du livre

Mit einem Nachbau des Café Odéon erinnert Zürich am 17. Salon du livre in Genf an seine Vergangenheit als intellektuelles Zentrum. Dem Kanton ist der kulturelle Brückenschlag über die Saane 705 000 Franken wert. 9